



FNF International News

AUSGABE 2 / 2009

Fokus Europa



Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde der Friedrich-Naumann-Stiftung für
die Freiheit,

im Fokus dieser Ausgabe steht Europa. Vom 4. bis 7. Juni 2009 waren rund 375 Millionen Wahlberechtigte aus allen EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, ein neues Europäisches Parlament zu wählen. Das Europa immer noch kein Selbstläufer ist, zeigen die internen Probleme sowie der anwachsende Populismus in der Region.

Wir möchten Ihnen in dieser Ausgabe kompakte Hintergrundinformationen über unsere Arbeitsschwerpunkte auf europäischer Ebene, insbesondere in den neuen Beitrittsländern und darüber hinaus, vermitteln. Wie steht es dort um Demokratie, Pluralismus, Menschenrechte und nicht zuletzt um die Freiheit?

Des Weiteren finden Sie interessante Berichte von Hans-Dietrich Genscher beim Symposium der deutschen Stiftungen in Brüssel und zur Arbeit des noch jungen, vielversprechenden Netzwerkes der Liberalen in Europa, des European Liberal Forum (elf).

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Harald Klein
Bereichsleiter Internationale Politik

Potsdam, 10. Juli 2009

Inhalt

Das Regionalbüro Europäische Institutionen und Nordamerika	S. 2
Nachwahlanalyse des Büros Brüssel	S. 3
Nachwahlanalyse des Büros Sofia	S. 5
Das Regionalbüro Mittel-, Südost- und Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien	S. 6
Netzwerkvorstellung elf	S. 9
elf Spring Academy	S. 10
Hans-Dietrich Genscher in Brüssel	S. 11
Neuerscheinungen	S. 13

Das Regionalbüro Europäische Institutionen und Nordamerika

Das Regionalbüro Europäische Institutionen und Nordamerika (EINA) mit seinen Standorten Brüssel und Washington D.C. fördert durch internationalen Politikdialog die Verbreitung liberalen Gedankengutes und stärkt damit den organisierten Liberalismus. Die internationalen Dialogprogramme bilden die Basis für einen intensiven Ideen-, Meinungs- sowie Erfahrungsaustausch und sind ein wichtiges Bindeglied innerhalb des weltweiten Netzwerkes liberaler Persönlichkeiten und Institutionen.



EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Dr. Jürgen D. Wickert, Leiter des Regionalbüros Europäische Institutionen und Nordamerika

Seit 1985 hat die Stiftung einen Sitz in der belgischen Hauptstadt als Zentrum europäischer Politik. Das Büro befindet sich in unmittelbarer Nähe zu den wichtigen Europäischen Institutionen, des Parlaments, des Ministerrats und der Europäischen Kommission.

Das Hauptaugenmerk des Dialogprogramms Brüssel (DPB) liegt auf der Förderung des Nord-Süd und des Ost-West-Dialogs. Insbesondere für Multiplikatoren aus Entwicklungs- und Transformationsländern schafft das DPB ein hochgeschätztes Forum, um gemeinsam mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Vertretern des Ministerrates und der Europäischen Kommission sowie mit Entscheidungsträgern bei der NATO politisch zeitgemäße und lösungsorientierte Ansätze zu entwickeln.

Insbesondere für Multiplikatoren aus Entwicklungs- und Transitionsländern schafft das DPB ein geschätztes Forum, um gemeinsam mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments, Vertretern des Ministerrates und der Europäischen Kommission sowie mit Entscheidungsträgern bei der NATO politisch zeitgemäße und lösungsorientierte Ansätze zu aktuellen politischen Themenbereichen zu entwickeln.

In die Diskussionen werden regelmäßig Fachreferenten aus Nichtregierungsorganisationen, europäischen Dachverbänden und Thinktanks eingebunden. Um den Austausch von Ideen und die Erweiterung der weltweiten liberalen Netzwerke kontinuierlich auszubauen, organisiert das DPB darüber hinaus zahlreiche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen für das Brüsseler Fachpublikum. Auch hier stehen aktuelle politische Themen und die Diskussion liberaler Politikansätze im Vordergrund.

Das Transatlantische Dialogprogramm (TAD) mit Sitz in Washington D.C. fördert den Austausch zwischen politischen Führungskräften und jungen Fachleuten über globale, nationale und spezifisch transatlantische Themen durch Veranstaltung von internationalen Konferenzen, Foren, Vorträgen, Austauschprogrammen, Work-shops und Diskussionsrunden. Diese Aktivitäten sollen dazu dienen, die etablierten gemeinsamen Werte der atlantischen Länder in einem globalen Stabilisierungsfaktor zu vereinigen, das gegenseitige Vertrauen zu stärken und einen ständigen Dialog zwischen Nordamerika und Europa aufzubauen – mit Blickpunkt Deutschland. Der Schwerpunkt liegt auf den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur.



Claus Gramckow (Leiter TAD)

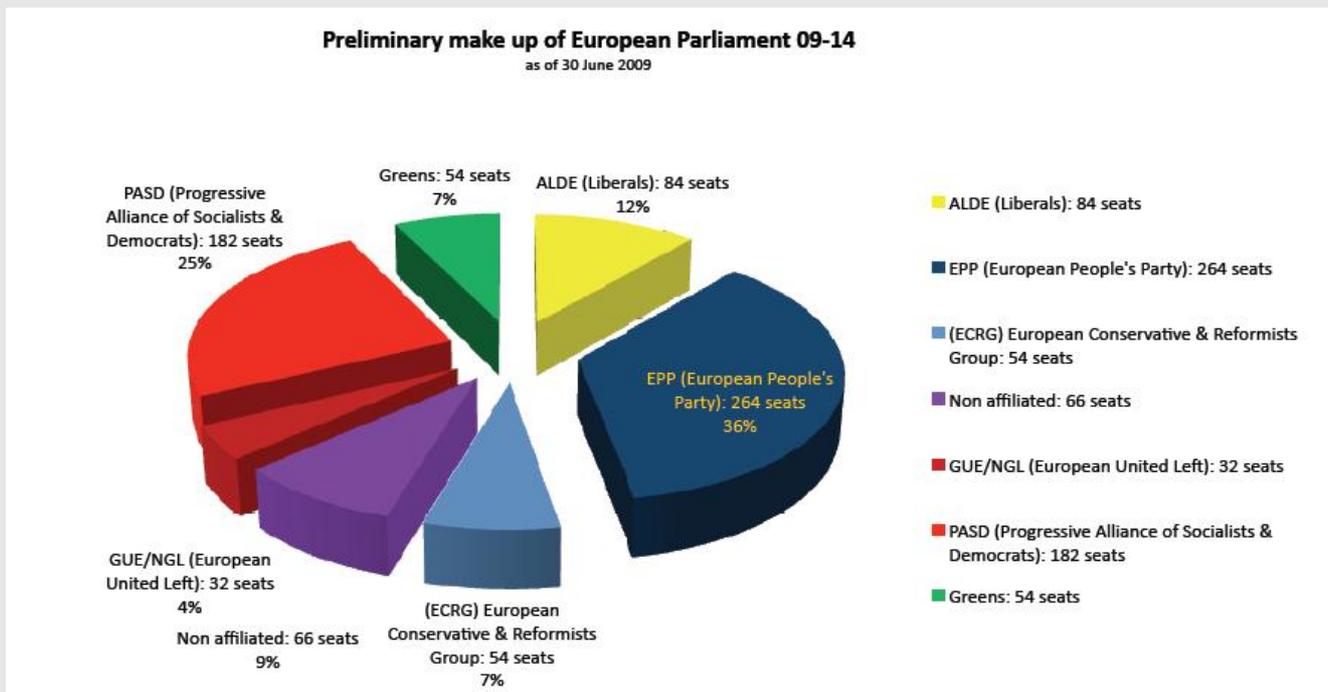


Europa findet seine Mitte – Liberale behaupten sich als drittstärkste Kraft im Europäischen Parlament

Europa hat ein neues Parlament gewählt. Es war seit 1979 die siebte Direktwahl zum Europäischen Parlament und zugleich die größte multinationale Wahl der Welt. Die neuen Europaabgeordneten repräsentieren damit rund 497 Millionen Bürger.

Es wurde bei der Wahl ganz deutlich, dass in Zeiten der globalen, wirtschaftlichen Krise die Parteien hohe Stimmgewinne verzeichneten, die auf die Gesetze von Marktwirtschaft und Wettbewerb vertrauen. Diejenigen, die staatliche Intervention, Protektionismus und Umverteilung predigen, mussten dagegen herbe Verluste hinnehmen. Vor allem in Großbritannien, Frankreich und Deutschland verloren die linken Parteien deutlich an Zuspruch.

Ohnehin kann der Wahlausgang aus deutscher Sicht als ein klarer liberaler Sieg gelten. Mit einem Ergebnis von 11,0% (+4,9%) konnte die FDP ihr bisher bestes Ergebnis bei den Europawahlen verzeichnen und sendet nunmehr 12 Abgeordnete in das neue Europäische Parlament.



Die ALDE-Fraktion (Alliance of Liberals and Democrats for Europe) verlor zwar in absoluten Zahlen ein Mandat, geht aber angesichts der gleichzeitigen Verringerung der Gesamtmandate mit einem relativen Gewinn aus der Wahl hervor. Mit insgesamt 74 Sitzen

zuzüglich zehn Sitze von Nicht-ELDR-Mitgliedsparteien (European Liberal Democrat and Reform Party) umfasst die liberale Gruppe im neuen Parlament nun 84 Abgeordnete. Die FDP zieht dabei als größte nationale Delegation in die ALDE-Fraktion



ein. Wenngleich die Ränder des politischen Spektrums nicht den Aufschwung erlebten, der ihnen prophezeit worden war, so gehen aus dieser Wahl nicht-extreme, wohl aber europakritische Parteien deutlich gestärkt hervor. Dennoch ist diese Gruppe zu klein, um maßgeblich Einfluss zu nehmen, aber sie ist zu groß, um unbedeutend zu sein.

Die proeuropäischen, integrationswilligen Kräfte werden sich mit ihren Positionen und Argumenten auseinandersetzen müssen. Europa ist keineswegs perfekt und zu Recht weisen die europakritischen Parlamentarier bisweilen auf Schwächen der Europäischen Union hin. Es wird darum gehen, konstruktive, bürgernahe und den europäischen Integrationsprozess weiterführende Antworten auf diese Fragen zu finden. Dies ist die Herausforderung, vor die der Wähler die proeuropäischen Kräfte gestellt hat. Und es ist die Chance, die Europäische Union der Zukunft zu gestalten.

Das Wahlergebnis lässt auch auf ein irisches „Ja“ zum Lissabon-Vertrag hoffen. Declan Ganley, der Initiator und Financier der irischen antieuropäischen Kampagne „Libertas“, zählt zu den klaren Verlierern der Wahl und wird nach eigener Aussage keine weitere Kampagne fördern. Ein positives Referendum in Irland brächte Europa dem Lissabon-Vertrag ein gutes Stück näher und würde dem Prozess der Europäischen Integration neue Dynamik verleihen.

Wussten Sie, dass . . .

- 32 von 74 ELDR MEPs Frauen sind (43%),
- fast 50% der MEPs (49,8%) neu ins Parlament gewählt wurden,
- zwei ehemalige liberale Premierminister: Guy Verhofstadt (Belgien) und Ivars Godmanis (Lettland) sowie zwei liberale EU Kommissare: Meglena Kuneva (Bulgarien) und Louis Michel (Belgien) neu ins EP gewählt wurden,
- Ireland's Regierungspartei Fianna Fail seit April 2009 Mitglied der Europäischen Liberalen ist?



Annemie Neyts, Präsidentin der ELDR-Fraktion

"Liberals will remain the guardians of freedom and will stand up to the voices that want to dilute the role of the EU. In doing so we will reveal the inability of populist parties to substantiate their rhetoric."

"I very much regret the election of a number of far right extremists who advocate values of intolerance and hatred of foreigners which are anathema to the model of Europe we are trying to build. I predict that their own internal divisions and incoherence will prevent them from spreading their ideas further afield."



Graham Watson, Fraktionsvorsitzender der ALDE (2004-2009)

Deutsche Präsenz im Europäischen Parlament 2009-2014

Aus Deutschland kommen auch in der nächsten Legislaturperiode (2009-2014) nach wie vor 99 Abgeordnete: CDU 34 Abgeordnete (-6), SPD 23, FDP 12 (+5), Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls 14 (+1), DIE LINKE nunmehr 8 (+1) und die CSU 8 Abgeordnete (-1). Zwar reduziert der Vertrag von Nizza, auf dessen Grundlage die Wahlen stattfanden, die Anzahl der Abgeordneten von 785 auf 736, was bedeutet, dass fast jeder Mitgliedsstaat Abgeordnete „abgeben“ muss (Frankreich, Italien und Großbritannien beispielsweise verlieren jeweils sechs Abgeordneten-Sitze und sind nunmehr nur noch mit 72 Abgeordneten vertreten). Deutschland und einige kleinere EU-Mitgliedsstaaten wie u. a. Zypern, Malta und Luxemburg hingegen behalten ihre jetzige Anzahl von Abgeordnetensitzen.



Europawahlen in Mittel- und Südosteuropa – Eine Nachwahlanalyse des Büros Sofia

Licht und Schatten für liberale Parteien in Osteuropa

Zur Teilnahme an den Europawahlen 2009 waren auch knapp 80 Millionen EU-Neubürger aus den zehn Reformländern in Mittel- und Südosteuropa (MSOE) aufgerufen. Im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise, einer anhaltenden Identitätskrise der Europäischen Union sowie einer nicht abgeschlossenen Konsolidierung der jungen Demokratien und zunehmend politischem Populismus, entsenden die östlichen Mitgliedsparteien der Europäischen Liberalen (ELDR) mit 19 Abgeordneten insgesamt zehn Vertreter weniger nach Brüssel und Straßburg als nach den letzten Wahlen im Jahr 2004 bzw. 2007 (in Rumänien und Bulgarien).

Dabei gab es trotz des aktuell politisch schwierigen Umfelds auch **Wahlerfolge** für die Liberalen im östlichen Teil der EU: In **Estland** errangen Zentrums- und Reformpartei zusammen 4 Mandate, in **Lettland** konnte die neu fusionierte Partei LPP/LC trotz Verlust der Regierungsverantwortung vor wenigen Monaten ihren Sitz im Europäischen Parlament verteidigen. In **Slowenien** haben LDS und ZARES ihre Spaltung überwunden und mit Ergebnissen von jeweils um die 10%-Marke je ein Mandat gewonnen. In **Bulgarien** ist es der an einer Regierungskoalition beteiligten NDSV sogar gelungen, einen langen negativen Trend umzukehren und die Zahl ihrer EP-Abgeordneten auf zwei zu verdoppeln.

Doch es gab auch Rückschläge, vor allem in Polen und Ungarn, wo die Liberalen den Wiedereinzug ins EP ver-

fehlten. Für die Fraktion der Liberalen im EP bedeuten diese beiden Niederlagen allein einen Verlust von sieben Mandaten. In der Slowakei gelang es verschiedenen liberalen Gruppierungen nicht, sich auf eine gemeinsame Liste zu einigen und dadurch ins EP einzuziehen. In Tschechien spielt der organisierte Liberalismus seit Jahren nur noch eine marginale Rolle, weshalb ein Wahlerfolg des Wahlbündnisses von Unabhängigen und Freiheitsunion auch nicht zu erwarten war.

Das Wahlergebnis zeigt, dass auch 20 Jahre nach der freiheitlichen Wende die demokratische Konsolidierung in den neuen Mitgliedstaaten noch nicht abgeschlossen ist. Insbesondere die Parteiensysteme sind weiterhin schwach entwickelt. Diese Schwäche ermöglicht wiederum die zunehmenden Erfolge weicher und harter Populisten sowie roter und brauner Nationalisten, deren wachsende unheilvolle Einflussnahme den Konsolidierungsprozess insgesamt behindert. Die in Osteuropa insgesamt noch niedrigere Wahlbeteiligung im Vergleich zum Westen verstärkt den Stimmenanteil von Nationalisten und Populisten.

Politischer Populismus zunehmend systemgefährdend¹

Das Erstarken populistischer und häufig anti-europäischer Parteien im Westen wie im Osten Europas und die damit verbundene Schwächung der traditionellen Parteien ist in einigen Ländern inzwischen zu einer ernst zu nehmenden Gefahr für das Modell der liberalen Demokratie geworden. Der Vorsitzende



Foto: P.-A. Bochmann, Projektleiter Südosteuropa

"The Efficient Membership Depends on the Proper Understanding of the EU."

EU-Kommissarin Meglena Kuneva aus Bulgarien erwies sich als Zugpferd für unsere Partnerpartei NDSV

¹ Siehe hierzu auch: „Populist Politics and Liberal Democracy in Central and Eastern Europe“, Grigorij Mesežnikov, Olga Gyárfášová, and Daniel Smilov, Trust for Civil Society&Central Europe, Bratislava 2008.



der liberalen ALDE-Fraktion im letzten EP Graham Watson bedauerte diesen Trend, da Intoleranz und Ausländerhass dem liberalen Entwurf Europas diametral entgegenstünden. Vielerorts bieten sich Populisten als Alternative zum repräsentativen System insgesamt an. Dabei ist weniger eine Ideologie im Spiel, als die scheinbar zunehmende Attraktivität einer Politik der Aus- und Abgrenzung als Gegenentwurf zu offenen, liberalen Konzepten für Politik, Wirtschaft und Kultur.

Während sich im Westen der EU Populisten eher auf ein Hauptthema wie Zuwanderung oder „Brüsseler Zentralismus“ konzentrieren, greifen populistische Gruppierungen in Osteuropa den parteiübergreifenden liberalen Konsens über die Kernelemente der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transition nach der Wende an. Auftrieb gibt den Populisten vor allem die kritische Auseinandersetzung mit Politikfeldern, die von den etablierten nationalen Parteien als sakrosankt betrachtet werden, sich zunehmend aber deren direktem gestalterischen Einfluss entziehen. Hierbei geht es vor allem um den Transfer nationaler Souveränitätsrechte an supranationale und internationale Organisationen sowie die daraus resultierende grenzüberschreitende Freizügigkeit. Offenbar können liberale und gemäßigte Parteien des tradition-

ellen Spektrums nur dann Populisten erfolgreich zurückdrängen, wenn Letztere extremistisch auftreten. Dies ist vor allem im Westen der Fall, wo solche Parteien nach Anfangserfolgen auch wieder verschwinden. Im Osten Europas zielt der politische Populismus auf einen Austausch der politischen Eliten, denen Inkompetenz und Korruption vorgeworfen wird. Es geht „um die gerechte Verteilung der Wohlstandsgewinne aus der Transformation“.

Die neue marktwirtschaftliche Ordnung wird dabei per se nicht in Frage gestellt. Doch ist der Übergang zwischen weichem und hartem Populismus fließend und steigert sich in einigen Ländern in rassistische und xenophobe Positionen gegen religiöse und ethnische Minderheiten. Hierdurch werden die Grundprinzipien des Rechtsstaates bedroht, was insbesondere Liberale herausfordert. Dabei geht es nicht nur um die Weiterentwicklung praktikabler politischer Lösungsansätze, sondern auch um die Stärkung einer Kultur der Toleranz. Daran arbeitet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, z.B. seit 17 Jahren gemeinsam mit dem American Jewish Committee in einem länderübergreifenden Dialogprogramm für junge Führungskräfte aus der Region.

Das Regionalbüro Mittel-, Südost- und Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien

Die Freiheit ist noch nicht gewonnen – Liberale Stiftungsarbeit in den Ländern des früheren Sowjetimperiums¹

Vor zwei Jahrzehnten lebten die Völker in der Region Mittel-, Südost- und Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien noch unter kommunistischer Herrschaft. In historisch kurzer Zeit ist es den Menschen in vielen Ländern gelungen, demokratische und marktwirtschaftliche Systeme zu errichten. Das ist ein gewaltiger Erfolg liberaler Ideen. Unsere Stiftung förderte von Beginn an diesen Transformationsprozess und das Heranführen dieser Länder an das freie und demokratische Europa. Im Fokus der Stiftungsarbeit steht die Kooperation mit liberalen Parteien und Gruppierungen zur Entwicklung liberaler Haltungen und Politikkonzepte. Ein enges Netz von Arbeitsbeziehungen mit politischen Parteien, Vorfeldorganisationen, Bürgerinitiativen, Menschenrechtsorganisationen, Think-Tanks und wissenschaftlichen Einrichtungen ist dafür das Fundament der Stiftungstätigkeit. Die besondere historische Erfahrung und Prägung dieser Gesellschaften durch ein halbes Jahrhundert kommunistischer Zwangsherrschaft

¹ Die Stiftungsregion Mittel-, Südost- und Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien gliedert sich in 6 Subregionen (Mitteleuropa und baltische Staaten, Ukraine und Belarus, Westbalkan, Südosteuropa, Russland und Zentralasien und Südkaukasus), die jeweils mehrere Länder umfassen. Derzeit koordiniert das seit 2007 in Sofia ansässige Regionalbüro Maßnahmen in 27 Projektländern. In den 11 Vertretungen der Stiftung in der Region arbeiten rund 40 Mitarbeiter, die zusammen mit Partnerorganisationen jährlich 400 Veranstaltungen mit mehreren tausend Teilnehmern durchführen.



und den Kalten Krieg erfordert dabei eine besondere Herangehensweise für Dialogmaßnahmen und die praktische Bildungsarbeit vor Ort.

In den zehn neuen EU-Ländern Estland, Litauen, Lettland, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien und Bulgarien geht es der liberalen Stiftung inzwischen vorrangig darum, deren demokratische und marktwirtschaftliche Konsolidierung zu unterstützen.

Nach fast 20 Jahren der Transformation, nach Wegfall des Veränderungsdrucks durch einen radikalen Systemwechsel im Rahmen des EU-Beitrittsverfahrens beobachten wir gerade in der jüngeren Zeit Entwicklungen, die dem Ziel der Schaffung stabiler liberaler Demokratien und Marktwirtschaften in den neuen östlichen Mitglieds-

staaten zuwiderlaufen. Alle Reformländer hatten sich pluralistische, parlamentarische Regierungssysteme gegeben und waren in der Mehrzahl liberalen Reformkonzepten gefolgt, allerdings mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Insbesondere die Parteiensysteme sind aber weiterhin so schwach entwickelt, dass sie die demokratische Konsolidierung bedrohen. Die weitere Folge sind antagonistische Koalitionen und instabile Regierungen, ein fortschreitender Vertrauensverlust in die politische Führung und ein Rückgang der Partizipation durch die Bürger. Die für die Demokratie wichtige Funktion der Parteien, Normen und Prozeduren der Konfliktregelung und Konsensbildung einzuüben, wird gar nicht oder mangelhaft ausgeübt.

Besonders besorgniserregend ist der abnehmende Einfluss reformorientierter Führungspersönlichkeiten und Parteien. Hierbei geht es nicht nur um die zukünftige politische Entwicklung dieser Länder, sondern auch um die Vermeidung negativer Rückwirkungen in die Europäische Gemeinschaft und deren Institutionen. Genau hier setzt die Arbeit der Stiftung für die Freiheit an: Strategie- und Programmberatungen liberaler Parteien und ihrer Vorfeldorganisationen bilden einen Schwerpunkt der Projektarbeit in den neuen EU-Ländern. Dabei werden insbesondere Angebote zur Stärkung innerparteilicher Demokratie, programmatischer Profilierung und Nachwuchsförderung an die Stiftungspartner gemacht.



Quelle: Picture Alliance: Grenzöffnung Italien-Slowenien



Quelle: Liberalismus-Diskussion mit politischen Jugendorganisationen in Kiew

Die politische Volatilität und das stark abnehmende Vertrauen der Bevölkerung in die Politik wird häufig mit vermeintlich negativen Resultaten marktwirtschaftlicher Reformen, insbesondere einer zunehmenden sozialen Ungleichheit in den neuen EU-Mitgliedstaaten erklärt. Dies veranlasste neu gewählte Regierungen, das Rad der Reformen anzuhalten oder sogar zurück zu drehen. Heute, im Rückblick und Vergleich über einen Zeitraum von mehr als 15 Jahren, lässt sich allerdings feststellen, dass eine schnelle makroökonomische Stabilisierung und Liberalisierung und eine transparente sowie fairen und klaren gesetzlichen Regeln folgende Privatisierung nicht nur der nachhaltigen Entwicklung der Volkswirtschaften entscheidend half, sondern auch die Bildung neuer und besserer Institutionen förderte.



Angesichts eines zunehmenden staatsinterventionistischen Populismus nicht nur bei linken Parteien, sondern auch in den Reihen der Konservativen, wird der Suche nach liberalen Antworten auf die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise aktuell besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Seit Beginn der wirtschaftlichen Umstrukturierung hat die FNF politische Entscheidungsträger in MSOE intensiv ordnungspolitisch beraten. Heute reicht in manchen Reformländern die Liberalisierung und marktwirtschaftliche Modernisierung einzelner Wirtschafts- und Finanzbereiche schon weiter als in manchem der alten Mitgliedsländer. Die liberale Stiftung engagiert sich deshalb neuerdings auch für den Rückfluss dieser Erfolgskonzepte.

Die Europäische Integration kann nur vollständig gelingen, wenn eine gemeinsame verbindende Wertebasis entsteht, in deren Zentrum die Achtung und der Schutz der Würde jedes einzelnen Menschen, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft stehen. Dafür ist in den nächsten Jahren ein starkes bürgerschaftliches Engagement mit dem Ziel des intensiven Dialogs und Austausches erforderlich, zu dem die FNF, zusammen mit dem neu gegründeten Europäischen Liberalen Forum (elf) und den Europäischen Liberalen (ELDR), zusätzliche Aktivitäten zu aktuellen Fragen der europäischen Einigung durchführt.



Quelle: FNF - Nationalkongress der Jugendorganisation der liberalen AMN in Moldau

Der politische, gesellschaftliche, rechtliche und wirtschaftliche Entwicklungsstand in der Stiftungsregion MSOE ist sehr unterschiedlich. Neben den Ländern, die bereits der EU beigetreten sind oder das perspektivisch anstreben, gibt es Länder, die auf dem Weg zur Demokratie und Rechtsstaat noch wenig vorangekommen sind.

In Russland und Belarus sowie in den Staaten Zentralasiens und im Südkaukasus kann von Demokratisierung nicht mehr die Rede sein: Die Übergangsperiode ist vorüber; doch ihr Ergebnis ist nicht, wie erwartet oder doch erhofft, Demokratie, sondern der autoritäre Staat. Durch rechtliche Eingriffe, das rücksichtslose Einsetzen administrativer Macht, die permanente Manipulation der Öffentlichkeit durch ein staatliches Medienmonopol sowie die Steuerung der Opposition bis hin zur Schaffung einer Scheinopposition ist der in den Anfängen begriffene Pluralismus systematisch beschränkt und zurückgedrängt worden. Auch in der Republik Moldau missbraucht die allein herrschende kommunistische Partei das staatliche Machtmonopol.

Unter oft schwierigen äußeren Bedingungen arbeitet unsere Stiftung auch in diesen Ländern daran, die Kräfte zu stärken, die sich für Freiheit, Menschenrechte, Marktwirtschaft und Demokratie einsetzen. Dabei muss sie sich zur Vermittlung ihrer Inhalte mitunter ungewöhnlicher Methoden bedienen, wie zum Beispiel in Zentralasien durch das Medium Theater mit Aufführungen über die Bedeutung von Toleranz.



Quelle: Foto AMN: Wahldemonstration der liberalen AMN in Chisinau, März 2009



Das European Liberal Forum Die politische Stiftung der liberalen Familie auf europäischer Ebene

Was auf Parteebene schon längst geschehen ist, wurde im Herbst 2007 mit der Gründung des European Liberal Forum (elf) auch für die Ebene der politischen Stiftungen und Think Tanks realisiert: Eine EU-weite Vernetzung nationaler liberaler Akteure mit dem Ziel, die liberale Familie innerhalb der Europäischen Union zu stärken und gemeinsam zum Aufbau eines demokratischen Europas beizutragen.

Vorrangiges Ziel des European Liberal Forum (elf) ist es, aktuelle europapolitische Entwicklungen zu beobachten und zu analysieren. Das Netzwerk trägt mit politischen Bildungsveranstaltungen, Studien und Publikationen zum Austausch liberaler Organisationen und zur Formulierung liberaler Standpunkte in Europa bei. Es fördert darüber hinaus insbesondere die Zusammenarbeit seiner Mitglieder mit der ELDR Partei, der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament sowie mit Liberal International und anderen führenden liberalen Organisationen.

Derzeit umfasst das European Liberal Forum 23 Mitgliedsorganisationen aus 14 Ländern. Es ist in zwei Gremien untergliedert: Der Generalversammlung, der alle Mitglieder angehören, und dem Vorstand, der sich aus dem Präsidenten Alexander Graf Lambsdorff MdEP, der Vizepräsidentin Anemie Neyts-Uyttebroeck MdEP und dem Schatzmeister Thierry Coosemans (Centre Jean Gol, Belgien) zusammensetzt. Geschäftsführerin ist Susanne Hartig, zuvor Leiterin Programme im Brüsseler Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

elf finanziert sich aus Mitteln des Europäischen Parlaments sowie aus Mitgliedsbeiträgen.

Die ELF Aktivitäten werden in der Regel von den Mitgliedsorganisationen vorgeschlagen und in Kooperation durchgeführt. Thematisch decken die Veranstaltungen eine große Bandbreite aktuell-politischer Aspekte ab, beispielsweise wurden in diesem Jahr Veranstaltungen zum Thema Finanzkrise, zur europäischen Energiepolitik sowie zur EU-Migrationspolitik durchgeführt. In Kooperation mit dem Dialogprogramm Brüssel und dem Regionalbüro MSOE der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wurden drei Einführungsseminare zur Funktions- und Arbeitsweise der EU-Institutionen und den EU-Entscheidungsprozessen durchgeführt; diese Veranstaltungen, an denen rund neunzig Teilnehmer aus ganz Europa teilnahmen, trugen zur weiteren Stärkung europäischer liberaler Netzwerke bei.

In der zweiten Jahreshälfte 2009 werden unter anderem Maßnahmen zur Entwicklung von Führungskompetenzen (Summer School), zur Erfolgsgeschichte des Euro, zur sozialen Mobilität in Europa und Säkularisierung Europas angeboten. Mit dem Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung wird zudem eine internationale Konferenz zum Thema Eigentumsschutz in Mittel-, Ost- und Südosteuropa veranstaltet.

European Network of Political Foundations (ENoP)

Da es bislang weder eine Zusammenarbeit mit politischen Stiftungen auf genuin europäischer Ebene, noch eine Koordinations- und Dialogplattform der europäischen, politischen Stiftungen untereinander gab, wurde 2006 ENoP ins Leben. Das Netzwerk zählt heute bereits 57 Mitgliedsorganisationen aus 24 EU-Mitgliedsstaaten und EU-Beitrittskandidatenländern. Mehr unter: www.enop.eu

First elf Spring Academy "Europe in Practice", Brussels, 20–21 March 2009

Europe is often said to be too theoretical, too abstract, too much about statistics. No symbols, no faces, no identification. A bureaucratic apparatus far away from its citizens. Time to change this erroneous perception thought the *European Liberal Forum* (elf), the liberal political foundation on European level. Supported by the *European Liberal Democrats* (ELDR) and the *Friedrich Naumann Foundation for Freedom* (FNF), elf organised the first Spring Academy in Brussels.

What do energy-saving lamps, the emergency phone number 112 or food labelling have in common? All three of them are EU "inventions" that have a direct impact on EU citizens in every member state. Many other examples can be named: The Euro – a stable, convenient and comparable currency. The European Single Market – custom free, competitive and reason for lower prices. The Schengen Agreement – boarder crossing without passport controls, even in non EU-countries. Cohesion funds, Erasmus scholarships, consumer protection – Europeans profit from the EU economically, culturally and socially.

The elf Spring Academy aimed at providing a practical insight on EU policy making for nearly 40 journalists, politicians, entrepreneurs and other liberal stakeholders from all over Europe. The two-day event sought to discuss liberal arguments with view to the upcoming elections for the European Parliament (EP), but also to foster networks among the participants themselves and to get them in touch with high European-level representatives such as Alexander Graf Lambsdorff, MEP and President of elf, Annemarie Neyts-Uytebroeck, MEP and President of the ELDR, and Dr. Jürgen D. Wickert, Director of the International Political Dialogue of FNF in Brussels.

Alexander Beels, Secretary General of the ALDE group in the European Parliament (EP) discussed with the audience the achievements of the Liberals in the European Parliament within the last legislative period. The introduction of the 'Blue Card' for skilled immigrants and the limitation of roaming charges are "success stories of us Liberals". Violations of civil liberties and personal freedom be at via 'naked scans' or data collection on flights could only be prevented because "for every majority the votes of the Liberals are needed", explained Beels.

An informative session on European economic and monetary policies was held by Kai Lücke, lecturer at France's



Dr. Jürgen D. Wickert (FNF), Susanne Hartig (Executive Director elf), Alexander Graf Lambsdorff (MEP), Frederica Sabbati (Secretary General ELDR), Dr. Stefan Melnik

top university Science Po in Paris. Annemarie Neyts-Uytebroeck, Member of the European Parliament and President of the ELDR, and Horst Meierhofer, MP for the FDP in the German Bundestag, spoke about climate change and energy security. "ELDR unanimously decided to stick to the ambitious climate aims – even in these times of crisis", stressed Neyts-Uytebroeck. She also underlined the importance to continue working on new sources of energy. According to Meierhofer, environmental laws belong to Europe's best successes, and it took many years to implement some environmental spirit throughout Europe.

In perspectives of the European elections Dr. Stefan Melnik, a consultant for FNF, outlined a SWOT-analyses of liberal politics. "In terms of the economical crisis we must respond to the concerned people in a more sensitive way than by simply saying: 'Markets still work. They will even make the next Generation better off'. "Shrinking our shoulders is not enough", warned Melnik. "But we must also stick to our liberal principles – more deregulation, less state interference and no rescue plans."



"Ein europäisches Deutschland, kein deutsches Europa"

Hans-Dietrich Genscher in Brüssel: 20 Jahre Mauerfall – 5 Jahre EU-Osterweiterung



Hans-Dietrich Genscher

"Wir sind das Volk" riefen die mutigen Bürger der DDR vor 20 Jahren auf der ersten Montagsdemonstration in Leipzig. Später hieß es aus einem wachsenden Chor im ganzen Land: "Wir sind *ein* Volk". Die deutsche Wiedervereinigung nahm ihren Lauf. Am 17. März 2009 erinnerte Hans-Dietrich Genscher im Brüsseler „Palais des Académies“ im Rahmen der zweitägigen Gedenkveranstaltung „Gespalten – vereint – gemeinsam erstarkt: Zwanzig Jahre Mauerfall – Fünf Jahre EU-Osterweiterung“ an eines der stolzesten Ereignisse deutscher und europäischer Geschichte.

2009 ist das Jahr der großen Jubiläen. Aus deutscher und europäischer Sicht sticht jedoch ein Ereignis heraus: Vor 20 Jahren begann mit dem Fall der Mauer das Ende der Teilung einer Nation, die zuvor 40 Jahre durch Stacheldraht, Selbstschussanlagen und Todesstreifen getrennt gewesen war. Und es war nicht nur das Ende der Teilung einer Nation, sondern das Ende der Teilung eines ganzen Kontinents. Dass sich 2009 auch die Aufnahme acht süd- und osteuropäischer Staaten in die Europäische Union jährt, zeigt das Nachwirken des Jahres 1989 bis heute.

Aus diesem Anlass luden die Landesvertretung Hessen, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die hessische Partnerregion in Polen Wielkopolska und die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zu einem Symposium in Brüssel ein. Tageschausprecherin Susanne Daubner befragte Gegner und Leittragende des DDR-Regimes, unter ihnen Jutta Fleck, die "Frau vom Checkpoint Charlie", die Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld, und ließ das Publikum auf diese Weise an den ganz persönlichen Erinnerungen und Erlebnissen von Zeitzeugen teilhaben. Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) und der hessische Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) sowie Dr. Peter R. Weilemann, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel gaben sich die Ehre. Den Höhepunkt der Veranstaltung stellte der Vortrag von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher dar. Auch das große Interesse des Brüsseler Publikums zeigte: Die Tragweite dieses Jubiläums überstieg das Gewöhnliche. Dieses Ereignis war etwas Besonderes. Trotz simultaner

Videoübertragung im Nebenraum, drängten sich über 400 Teilnehmer im Hauptsaal des Palais des Académies im Herzen Brüssels. Botschafter neben Stagiaires, Parlamentarier neben Lobbyisten, Banker neben Menschenrechtlern.

Hans-Dietrich Genscher brachte die Bedeutung des Mauerfalls für Deutschland und Europa auf den Punkt: "Am 9. November 1989 war ich stolz auf meine Landsleute." Für jemanden seiner Generation, dem noch die Konsequenzen übersteigerten Nationalstolzes in Erinnerung sind, falle es nicht leicht so etwas zu sagen. Aber ausgerechnet die deutsche Bevölkerung, die die nationalsozialistische Diktatur in weiten Teilen mitgetragen hatte, schaffte es nun, die zweite Diktatur auf deutschem Boden friedlich und aus eigenem Willen und eigener Kraft zu überwinden. Dass selbst die europäischen Nachbarn dies nicht von Deutschland erwartet hätten, illustrierte der Ausspruch des damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors:

"Das hätten wir Euch Deutschen gar nicht zugetraut"

Mit Brüssel habe man den richtigen Ort gewählt, um das Jubiläum des Mauerfalls zu begehen, so Genscher. "Denn die Wiedervereinigung ist nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäisches Ereignis." Besonders im Hinblick auf das Zusammenwachsen Europas durch die EU-Osterweiterung werde dies greifbar. Bronisław Geremek, liberaler Europäer und späterer polnischer Außenminister, erkannte bereits 1989 den



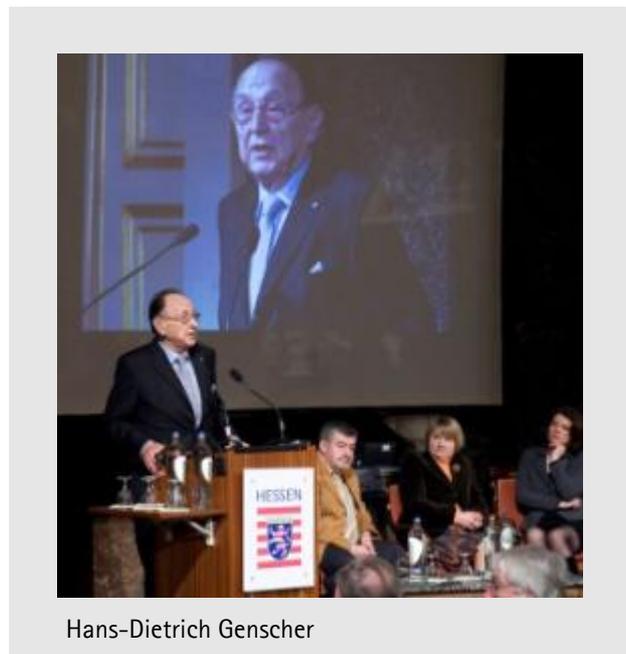
europäischen Kontext der Ereignisse, erklärte Genscher. "Wenn Deutschland wiedervereinigt ist, grenzt Polen an die EG und NATO." Geremek wusste um den friedlichen und demokratischen Charakter der vergrößerten Bundesrepublik und sah die Chancen für Osteuropa.

Sechs Jahre Mahnwachen, Petitionen und Hungerstreiks

Dass der Jahrestag des Mauerfalls jedoch auch ein Moment des Gedenkens für die ist, die unter dem SED-Regime litten oder gar starben, rief eine von Susanne Daubner moderierte Gesprächsrunde ins Gedächtnis. Jutta Fleck, bekannt geworden als die "Frau vom Checkpoint Charlie", schilderte bewegend den Kampf um ihre beiden Töchter, die nach einem misslungenen Fluchtversuch staatlicher anstelle mütterlicher Fürsorge unterstellt wurden.

Für den Versuch ihre Kinder in Freiheit großzuziehen, verlor Jutta Fleck nicht nur für lange Zeit ihre Töchter. Sie verbrachte auch 22 Monate in Haft. Eine Großraumzelle mit 20 Mithäftlingen, eine Toilette und Trinkrinnen für Vieh zum Zähneputzen und Waschen. "Ordinären Kriminellen erging es wesentlich besser als uns, den politischen Gefangenen." Nach dem Freikauf durch die Bundesrepublik folgten Jahre des aufopferungsvollen Einsatzes. Fleck trat in den Hungerstreik, besuchte Papst Johannes Paul II., kettete sich während der KSZE-Konferenz in Helsinki an, appellierte 1986 bei einer offiziellen Gedenkveranstaltung im Reichstag unaufgefordert an Helmut Kohl und Willy Brandt. Erst nach sechs Jahren der erzwungenen Trennung durch das SED-Regime konnten Mutter und Töchter sich wieder in die Arme schließen. "Herr Genscher, ich möchte Ihnen noch einmal für Ihr persönliches Engagement danken", sagte die heute in Hessen lebende Dresdnerin.

Auch Vera Lengsfeld musste als Bürgerrechtlerin in der DDR mit Repressalien leben – trotz systemtreuer Familie. Ihr Vater war Major der NVA. Auf einer offiziellen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Demonstration, an der sie mit eigenem Plakat teilnahm, wurde sie festgenommen. Es folgte ein Monat Gefängnis. Das Plakat trug die Aufschrift: „Die Persönlichkeit und Freiheit jedes Bürgers



Hans-Dietrich Genscher

sind unantastbar" – es war der 30. Artikel der Verfassung der DDR. Die Erfahrungen der heutigen Trägerin des Bundesverdienstkreuzes mit dem scheinheiligen Umgang der SED-Diktatur mit Begriffen wie 'Gleichheit' oder 'Gerechtigkeit' spiegelt sich in ihrem Lebensmotto wieder: "Freiheit und Fairness statt Gleichheit und Gerechtigkeit." Es scheint daher wie ein Wink des Schicksals, dass es Vera Lengsfeld – damals bereits aus der DDR ausgewiesen – möglich war, den Fall der Mauer auf ganz besondere Art und Weise zu erleben: In Ostberlin. Durch einen Zufall kehrte sie am Morgen des 9. November 1989 über eine U-Bahnstation in die DDR zurück. Grenzbeamten wollten sie erst gar nicht einreisen lassen. Am Abend konnte sie an der Bornholmer Straße nach Westen spazieren.

20 Jahre nach dem Fall der Mauer sind noch nicht alle Wunden verheilt, die 40 Jahre deutsch-deutsche Teilung verursacht haben. Manche Narben werden vielleicht noch lange sichtbar bleiben. Der friedliche Zusammenschluss der ehemaligen deutschen Staaten war nur möglich, weil die damaligen Staaten der Europäischen Union und – ganz wichtig – die Vereinigten Staaten von Amerika – in diesem Prozess eine besondere Voraussetzung für das Entstehen eines ganzen Europas gesehen haben und dafür eingestanden sind.

Ausgewählte Neuerscheinungen

a) Bücher



Dr. Detmar Doering, Dr. Silvana Koch-Mehrin (Hg.): Für ein Europa der Freiheit

In dem Buch „Für ein Europa der Freiheit“ werden Fragen zu den Qualitätsbedingungen und den Qualitätsaussichten der europäischen Ordnung aufgeworfen und aus liberaler Sicht beantwortet. Es enthält Beiträge von Peter Bernholz, Universität Basel, Francisco Cabrillo, Universität Complutense, Madrid, Sean Fitzpatrick, Berater der Regionalregierung Madrid, Christian Kirchner, Humboldt-Universität zu Berlin, Silvana Koch-Mehrin und Roland Vaubel, Universität Mannheim.

http://www.freiheit.org/files/152/290278_Europabuch_web_de.pdf

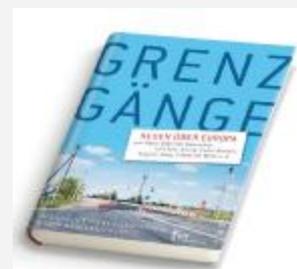


How to do it: Lessons from successful liberal reforms in Central and Eastern Europe

To spread liberal ideas and concepts through all areas of politics is one of our Foundation's major goals. This publication provides you with a return flow of innovations and liberal reform concepts. Success stories written by partners in the CEE region demonstrate that the liberal course can overcome ideologically and politically based resistance.

http://www.freiheit.org/files/537/Reforms_in_CEE_2008_low_1.pdf

order a free hard copies from: viola.neuheiser@freiheit.org



Alexander Graf Lambsdorff, Karin Resetarits (Hg.). Grenzgänge - Reden über Europa

Bedeutet ein Europa ohne Grenzen wirklich mehr Freiheit für den Einzelnen? Zwölf Streitgespräche mit Hans-Dietrich Genscher, Friedrich Merz, Juli Zeh, Wolfgang Huber, Henryk M. Broder, Pascale Hugues, Daniel Cohn-Bendit, Gottfried Langenstein, Seyran Ates, Kristiina Ojuland, Abt Gregor Ulrich Henckel Donnersmarck und Neelie Kroes.

ISBN 978-3-351-02704-9



George Herbert: The Treaty of Lisbon - a Threat to Federalism

FNF Occasional Paper 54

George Herbert from St. Peter's College, Oxford University, describes the implications of the Treaty of Lisbon for federalism in Europe. He is of the opinion that it will not come to an EU that is a federal organisation, as the people in the individual countries will insist on maintaining their sovereignty.

http://www.freiheit.org/files/152/54_Herbert.pdf

b) Online-Papiere aus dem Bereich Internationale Politik



Politische Berichte aus aktuellem Anlass

- N° 47/09 Irak: US-Truppenabzug aus Iraks Städten – Gemischte Gefühle auf dem Weg in die volle Souveränität
- N° 46/09 Honduras: Die Legende vom Militärputsch in Honduras dient vor allem ‚Mel‘ Zelaya
- N° 45/09 Argentinien: Auf die Plätze – fertig – los
- N° 44/09 „Mel“ Zelaya – Mehr Täter als Opfer
- N° 43/09 Birma: Aung San Suu Kyi vor Gericht

Download unter: http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-415/i.html



Policy Papers der Regionen

- Europäische Institutionen und Nordamerika
- Lateinamerika
- Mittelmeerraum
- Mittel-, Südost- und Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien
- Südost- und Ostasien
- Subsahara Afrika
- Südasien

Download unter: http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-413/i.html



Hintergrundpapiere

- Nr. 08/2009: Das indonesische Superwahljahr 2009
- Nr. 07/2009: Leidenschaftlich kompliziert – Polit-Tango Argentino
- Nr. 06/2009: Die Tamilenproblematik in Südasien II: Wahlen in Indien, Bürgerkrieg in Sri Lanka: Politik im Kräfterdreieck Delhi – Chennai – Colombo
- Nr. 05/2009: Opportunismus und 'Kontinuumismus' – Der Präsident von Honduras missachtet die Verfassung und seine Liberale Partei

Download unter: http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-414/i.html

IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und Internationale Politikanalyse

Karl-Marx-Str. 2
14482 Potsdam-Babelsberg

Telefon: +49(331) 7019-117
Fax: +49(331) 7019-133

Redaktion:
Denise Dittrich, Dr. Gabriele Reitmeier

Autoren:
Dr. Heike Dörrenbächer, Ulrich Niemann,
Regina Hartig, Paul Seelentag

E-Mail: politikanalyse@freiheit.org